

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Kontoverbindung: PC 30-33795-6 IBAN: CH75 0900 0000 3003 3795 6
Internet: www.schweizer-demokraten.ch/de/kantone/bern-kanton.html
Andreas Beyeler: *Kantonalpräsident* Tel. 079 / 602 77 41 E-Mail: a.beyeler@quickline.ch

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident

Worben, 23. Mai 2023

Parolenfassung der Mitgliederversammlung vom 25. April 2023 für die eidg. Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen

Die OECD und die G20-Staaten haben beschlossen, dass grosse international tätige Unternehmensgruppen mindestens 15% Steuern bezahlen sollen. Dabei schloss sich die Schweiz daran an, was einer zumindest indirekten Bevormundung gleichkommt. Grundsätzlich stehen die Schweizer Demokraten (SD) dem heutigen vollkommen deregulierten Steuerwettbewerb äusserst kritisch gegenüber. Entsprechende Anpassungen müssen aber möglichst ganzheitlich und auf Initiative der hiesigen Gesetzgebung oder des Soveräns erfolgen. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Ja zum Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit

Dieses Gesetz soll helfen, die energiepolitische Zukunft der Schweiz zu bestimmen. Man fördert mittels gezielter Gelder erneuerbare Energien. Insbesondere im Gebäudebereich und in der Industrie sollen somit fossile Brennstoffe schrittweise ersetzt werden. Dabei entlastet der Bund zugleich die Kantone, welche bisher jeweils die finanziellen Unterstützungsmassnahmen bereitgestellt haben. Auf Verbote, auch in Form von Ersatzpflichten ohne zeitliche Frist, wird ausdrücklich verzichtet. Deshalb beschliessen die Schweizer Demokraten (SD) zur Vorlage die Ja-Parole.

Nein zur Änderung des Covid-19-Gesetzes

Mit dieser Gesetzesänderung soll die rechtliche Grundlage für bestimmte Massnahmen zur Pandemiebekämpfung bis Mitte 2024 verlängert werden, was die Schweizer Demokraten (SD) als unnötig erachten. Dabei darf auch die damalige teilweise bis heute andauernde veränderte gesellschaftliche Situation nicht vergessen werden. So stieg etwa die Zahl der Personen, welche aufgrund psychischer Probleme ärztliche Hilfe suchen. Zudem stellten die beschlossenen Impfprivilegien tatsächlich die Grundrechte der Menschen im Alltag infrage. Deshalb fasst man zur Vorlage die Nein-Parole.

Kantonale Volksabstimmungen vom 18. Juni 2023:

Nein zur Änderung der Kantonsverfassung (Anpassungen bei den Schuldenbremsen)

Mit dieser Verfassungsänderung will man zukünftig verhindern, dass Überschüsse aus der Investitionsrechnung nicht zwingend zuerst für den Schuldenabbau eingesetzt werden müssen, was die Schweizer Demokraten (SD) entschieden ablehnen. Die grösstmögliche Verwendung von Eigenmitteln ist für eine langfristige Stabilität des Finanzhaushalts von elementarer Bedeutung. Somit soll genauso die Pflicht zur vollständigen Kompensation von Fremdkapital weiterhin gelten. Andererseits hätte eine höhere Verschuldung etwa empfindliche Sparmassnahmen im sozialen Bereich zur Folge. Deshalb wird zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Nein zur Volksinitiative „Für eine kantonale Elternzeit“

Mit dieser Initiative wird die Einführung einer 24-wöchigen bezahlten Elternzeit verlangt, was die Schweizer Demokraten (SD) ablehnen. Grundsätzlich gehört die Betreuung des Kindes während seinen ersten Lebensjahren durchaus zu den wichtigsten Aufgaben der Gesellschaft. Dennoch bestehen bereits ausreichende Angebote wie die Mutterschaftsentschädigung oder der Vaterschaftsurlaub. Damit trägt man auch der Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung. Letztlich müssten soziale Instrumente wie die Elternzeit lediglich auf nationaler Ebene diskutiert werden. Zur Vorlage beschliessen die SD die Nein-Parole.

Freundliche Grüsse
Schweizer Demokraten

Kantonalverband Bern
Andreas Beyeler, Präsident